

**Antragsteller:in:** GRÜNE JUGEND Saar (auf dem Parteitag vertreten durch Jeanne Dillschneider und Santino Klos)

**Antragstitel: Leitantrag der GRÜNEN JUGEND Saar –  
Zukunftsprogramm für eine gerechtere Welt**

**Antragstext:** Der Landesparteitag möge beschließen:

„Veränderung schafft Halt – mit dieser Erzählung starten die Grünen in das Wahljahr 2021. Mehr als je zuvor besteht die Chance zu einem gemeinsamen Aufbruch. Wir sehen uns als maßgebliche Taktgeberin der grünen Partei. Mit progressiven Ideen und Tatkraft wollen wir die Bundeswahl auch nutzen, um im Saarland die aktuellen Herausforderungen anzugehen. Als Stimme der Jugend liegt es uns am Herzen, auf die Missstände aufmerksam zu machen, die insbesondere junge Menschen in dieser schwierigen Krisenzeit betreffen. Gleichzeitig wollen wir die Zukunft gestalten und unsere Lebensgrundlagen sichern. Wir kämpfen für eine offene und solidarische Gesellschaft. Jetzt ist die Zeit, um für eine gerechtere Welt zu kämpfen. Mit diesen Forderungen wollen wir die Weichen für ein grünes Programm setzen, das eine deutliche junggrüne Handschrift trägt. Die Forderungen sollen wichtige Impulse liefern und sind nicht abschließend.

## **1. Klimawandel bekämpfen**

Ohne Zweifel müssen wir den Klimawandel und seine Folgen dringend bekämpfen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem historischen Urteil deutlich gemacht, dass das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung unzureichend ist. Wenn wir die Treibhausemissionen bis zum Jahr 2030 reduzieren wollen, müssen wir jetzt handeln. Klar ist: Konsequenter Klimaschutz ist ein Garant für Freiheit. Nur mit der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens können die drohende Klimakatastrophe abwenden. Wir haben bis zum 1,5°C Klimakippunkt noch sechs Jahre und acht Monate. Wenn wir diese Marke erreicht haben, ist das irreparabel. Es wird eine Kettenreaktion ausgelöst und wir haben versagt. Bisher messen wir eine Erwärmung der Städte um 1,2°C. Deutschland ist historisch für 5% der CO<sub>2</sub> Emissionen verantwortlich, der Strommix im Saarland ist bundesweit unterdurchschnittlich schlecht. Die Zahlen bzgl. Verkehrswende und Güterverkehr auf der Schiene auch. Wir fordern eine konsequente Strategie, die unter anderem eine Verkehrswende umfasst, und die den Fokus auf bezahlbare und grüne Mobilität legt.

**Wir möchten:**

- Ein Saar-Klimaschutzgesetz: Auch das Saarland muss seinen Beitrag für mehr Klimaschutz leisten. Ziel muss sein, bis mindestens 2035 Netto-Null Treibhausmissionen zu erreichen.
- Grüne Innenstädte und Märkte bis 2028 landesweit anstreben. Grünanlagen sollen weiter ausgebaut werden: Gefördert werden sollen jegliche Grünanlagen im öffentlichen Raum, inklusive von Bushaltestellen und Gebäuden der Kommunen.
- Dachbegrünung/Fassadenbegrünung landesweit bei nicht PV-geeigneten Gebäuden umsetzen
- Anreize für begrünte Gärten schaffen und Schottergärten verbieten
- Photovoltaik-Anlagen fördern
- Wasserstoff-Busstrategie bis 2029 umsetzen
- Urban Gardening in den saarländischen Kommunen fördern
- Modernisierung von Heizungen im Privatsektor auf fossilfrei transformieren
- Sharing Systeme wie Leihfarradsysteme einführen und ausbauen
- Rate der Flächenversiegelung bis 2030 halbieren
- Klimaanpassung der Städte durchführen
- 100 % erneuerbare Energien bei Strom, Wärme und Verkehr bis 2035
- Neue Bauvorhaben müssen vor Ausstellung einer Baugenehmigung evaluiert werden, ob die Möglichkeit zur Errichtung einer Photovoltaikanlage gegeben ist.
- Der Schienengüterverkehr ist abseits von Personenverkehr zusätzlich auszubauen
- 5% des Waldes aus der Nutzung nehmen und bei Neupflanzungen ein Gemisch aus verschiedenen Laubbäumen verwenden, um Monokulturen zu verhindern, die Biodiversität zu fördern und die Resistenz sowie Resilienz des Waldes zu stärken, besonders im Hinblick auf die steigende Belastung durch die fortschreitende Klimaveränderung.
- Eine Fahrradinitiative Saar: Radwege müssen dringend ausgebaut werden. Dazu braucht es ein Umsetzungskonzept, getrennt von autobefahrenen Straßen, und eine konsequente Umsetzung der Radverkehrsstrategie statt Symbolpolitik. Der Radverkehr muss eine Priorität in den saarländischen Kommunen werden. Deshalb fordern wir ein gemeindeübergreifendes, landesweites Fahrradverkehrsnetz bis 2029.
- Verbindliche Ziele für Begrünung in Städten: Jährlich soll ein fester Prozentanteil der Straßenfläche in Grünflächen umgewandelt werden. In den saarländischen Kommunen sollen mehr Grün- und Freizeitanlagen entstehen.
- Fußgängergesetz: Die Fußgängerzonen müssen ausgeweitet werden. Es braucht längere Grünphasen für Fußgänger\*innen, mehr Barrierefreiheit und mehr Zebrastreifen
- Autofreie Innenstädte: Durch die Schaffung von autofreien Kernzonen wollen wir die Aufenthaltsqualität in den saarländischen Kommunen verbessern bis 2030
- Öffentlicher Nahverkehr: An Luxemburg angelehnt wollen wir saarlandweit einen kostenlosen, bequemen und gut getakteten ÖPNV.
- Flächenversiegelung angehen: Für jede versiegelte Fläche muss eine andere Fläche entsiegelt werden.
- Tempolimit: Wir fordern die Einführung eines Tempolimits auf allen saarländischen Autobahnen.

- Klimarat einführen: Ein Gremium aus Bürger\*innen und Wissenschaftler\*innen soll im Saarland die Landesregierung bei Entscheidungen bezüglich Klimaschutz beraten.

## 2. Perspektiven für junge Menschen

Junge Menschen sind in der Pandemie eine vergessene Zielgruppe. Die Schüler\*innen haben durch den – insbesondere zu Beginn der Pandemie – schlecht organisierten Distanzunterricht ein erhebliches Bildungsdefizit erlitten, das sozial benachteiligte Menschen härter trifft als andere. Studierende wurden in der Krise nicht beachtet, obgleich sie einerseits das studentische kulturelle Leben verpassen und andererseits hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind. Zudem sind die finanziellen Auswirkungen immens, da die Studierendenjobs aus der Gastronomie direkt zu Beginn weggefallen sind.

### Wir möchten:

- Eine freiwillige Ferienschule mit individuellen, modularen Unterrichtseinheiten für alle Schüler\*innen.
- Psychische Unterstützung für Schüler\*innen und Studierende durch niedrigschwellige Gesprächsangebote.
- Ein breit angelegtes Nachhilfeprogramm für alle Schüler\*innen, welches durch Studierende durchgeführt werden soll. Dazu sollen Studierenden durch das Ministerium finanzierte Minijobs angeboten werden.
- Zusätzlich soll es für die Abschlussklassen und die Grundschüler\*innen eine modifizierte „Lernbrücke“ geben. Statt meist vulnerablen Rentner\*innen und Oberstufenschüler\*innen, die selbst ihre Lernlücken aufarbeiten und für ihre Abschlussprüfungen lernen müssen, sollte man die viel besser ausgebildeten Lehrkräfte zusätzlich beschäftigen, die sich aufgrund der schlechten Personalisierungspolitik des Bildungsministeriums Jahr zu Jahr von befristeter zu befristeter, meist nicht vollen Vollzeitstellen hangeln müssen. Diese würden gerne Vollzeit arbeiten, können es aber nicht. Auch sollten Lehramtsstudierende bevorzugt werden, damit diese erste Praxiserfahrungen sammeln können.
- Abschaffung des klassischen Benotungssystems
- Eine Studienstarthilfe in Form eines Stipendiums an Studienanfänger\*innen aus einkommensschwachen Familien: Das Stipendium soll dabei eine Fördersumme bis zu max. 800 € betragen und ohne Rückzahlungspflicht ausbezahlt werden.

## 3. Stärkung der saarländischen Wirtschaft nach Corona

Die Corona Pandemie hat die ganze Welt vor einem Jahr erschüttert. Diese Pandemie hat, Schätzungen zufolge, uns in eine ähnlich bedrohliche Krise für die Wirtschaft gestürzt, wie der zweite Weltkrieg. Doch die Corona Krise hat uns auch unsere Denkfehler aufgezeigt, die wir in der Vergangenheit begangen haben. Wichtig ist es nun, dass wir nach der Coronakrise mutig und gut gerüstet in die Zukunft aufbrechen mit einer Wirtschaft, die die Zukunft sozial, ökologisch und widerstandsfähig gestaltet.

### Wir möchten:

- Die Einrichtung eines saarländischen Investmentfonds: Egal ob Neugründung, Neuausrichtung oder Umrüstung, Unternehmen brauchen externes Geld. Ein

vom Land auferlegter Fond würde Unternehmen dabei unterstützen. Diese Gelder werden an sozial-ökologische Standards gebunden. Dies stabilisiert nicht nur unsere saarländische Wirtschaft im Anbetracht des Industriellen Wandels, sondern es fallen auch Gewinne für die öffentlichen Kassen an. Dieser Fond wird von einem Gremium, das 50:50 aus Bürger\*innen und Vertreter\*innen des Landes besteht, administriert.

- Kostenfreie Beratung für Neugründer\*innen
- Aktive Unterstützung unserer Großindustrie: Diese Unternehmen sind besonders im Hinblick auf den Klimawandel besonders anfällig, da dieser Industriezweig noch sehr stark abhängig von fossilen Brennstoffen ist. Diese Unternehmen sind jedoch sehr wichtig, da sie für die Arbeitsplätze und den Wohlstand im Saarland essenziell sind. Wir fordern einen konkreten Dialog zwischen Land und den Unternehmen. Ziel dieses Dialoges soll es sein, einen Plan zur Bereitstellung von öffentlich und privaten Geldern zur Forschung und Umrüstung bzw. Neuorientierung zu erarbeiten.
- Dabei fordern wir ein besonderes Augenmerk auf die Zukunftsfähigkeit, Ökologie, Arbeitsplätze und eine soziale Ausrichtung zu legen. Es sollen konkrete und bindende Maßnahmen vereinbar werden.
- "Wohlstand für alle": Das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft war es Wohlstand für alle zu erzeugen, dieses Versprechen hat jedoch in den vergangenen Jahren Risse bekommen, auch im Saarland. Ein aktiver Teil der Wirtschaft zu sein, ist nicht nur aus finanzieller Sicht sinnvoll, sondern es nimmt auch Populisten den Wind aus den Segeln. Deshalb fordern wir die aktive Förderung alternativer Unternehmenskonzepte wie bspw. das Verantwortungseigentum oder die Genossenschaft.
- Mehr sharing als Economy: Im Hinblick auf die Klimakrise, auf unseren hohen Ressourcenverbrauch als auch auf die soziale Gerechtigkeit ist Eigentum nicht immer das Mittel aller Dinge. Deswegen fordern wir einen stärkeren Fokus auf Sharing Economy. Gerade in Ballungsgebieten sind Konzepte wie Carsharing nicht nur sinnvoller für die Umwelt und das Klima der Stadt, sondern auch für die finanzielle Situation der Bürger. Aber auch andere Sharingkonzepte, wie bspw. das tauschen/verkaufen von nicht mehr genutzten Artikeln, Foodcoop, das gemeinsame Bewirtschaften von Grünflächen und Co-Working Spaces sind Konzepte, die für Städte, aber auch teilweise in ländlichen Gebieten sinnvoll sind und gefördert werden müssen.
- Geschlechtergerecht handeln: Besonders wichtig ist es, dass niemand bei Gründungen diskriminiert wird. Gerade Frauen sind jedoch mit 15,7 % hier stark unterrepräsentiert. Wir brauchen hier Maßnahmen, die dies ändern, ohne StartUps zu beeinträchtigen, die möglicherweise (noch) zu wenig Frauen haben. Deswegen fordern wir, dass StartUps, die in ihren Strukturen die Gleichberechtigung der Geschlechter aktiv fördern, zusätzliche finanzielle und andere Beratungsoptionen bekommen. Des Weiteren fordern wir, dass eine aktive Vermittlung zwischen Arbeitssuchenden, Investor\*innen, und potenziellen Mitgründer\*innen stattfindet, um eine bessere Balance in StartUps und Unternehmen im Allgemeinen zu erreichen.

## **4. Sicherheit und Freiheit in Einklang bringen!**

Wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die die Bürger\*innenrechte nicht gegen Sicherheit ausspielt. Wir sind überzeugt, dass wir eine moderne, bürgernahe Polizei brauchen. Statt immer mehr Befugnisse zu beschließen, braucht es endlich eine sinnvolle Strategie zur Prävention.

#### **Wir möchten:**

- Kommunale Ordnungsdienste nicht zur Ersatzpolizei machen: Die Vorschläge der CDU zur Bewaffnung der Kommunalen Ordnungsdienste lehnen wir ab. Diese werden weder den Bürger\*innen, noch den Polizist\*innen oder dem Ordnungsamt gerecht.
- Den Gesetzgebungsaktionismus beenden: Die personelle und finanzielle Ausstattung der Polizei ist wesentlich effektiver, als immer schärfere Befugnisse.
- Neufassung des saarländischen Polizeigesetzes und Rücknahme der Polizeireform
- Die Ursachen von Gewalt und Kriminalität müssen besser erforscht werden, um präventiv dagegen vorzugehen. Wir fordern, dass Sozialarbeit und Polizei besser koordiniert werden, um in Brennpunkten die Ursachen anzugehen und nachhaltig Kriminalität zu bekämpfen. Außerdem müssen die Sozialarbeit und andere Angebote im sozialen Bereich gestärkt werden.
- Eine zentrale Stelle gegen Hatespeech
- Sensibilisierung und Schulungen für Beamt\*innen, um gegen Rassismus in der Polizei vorzugehen
- Eine Studie über Rassismus in der saarländischen Polizei
- Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Thema der inneren Sicherheit. Wir wollen, dass die Rechte von Frauen und Mädchen gestärkt werden. Es braucht dringend eine Strategie, um den Schutz von Frauen und Mädchen zu gewährleisten.
- Auch Polizei und Ordnungsamt müssen für das Thema sexuelle Gewalt sensibilisiert werden. Wir fordern Sicherheitskonzepte, die besonders die von sexueller Belästigung oder von Gewalt betroffenen Frauen im Blick haben und die die Expertise von Frauen-Hilfstrukturen miteinbeziehen.

## **5. Partizipation stärken!**

Die Chancen der Krise müssen gemeinsam gestaltet und vor allem aus Gründen der Generationengerechtigkeit unter Einbindung junger Menschen getroffen werden.

#### **Wir möchten:**

- Einführung eines Antragswahlrechts ab 0 Jahren bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Zudem muss das Abstimmungsalter bei Volks- und Bürgerentscheiden auf 0 Jahre gesenkt werden. Fridays For Future hat deutlich gezeigt, dass junge Menschen am demokratischen Entscheidungsprozess teilnehmen wollen. Immerhin betreffen viele politischen Entscheidungen das spätere Leben von Jugendlichen. Diese Bereitschaft muss von der Politik gefördert und unterstützt werden, denn Demokratie kann nicht früh genug gelebt werden.

- Geschlechtergerechte Reform des Schulmitbestimmungsgesetzes. Wir fordern eine Änderung des Schulmitbestimmungsgesetz, die beinhaltet, dass es statt des Amtes des\*der Landeschülersprecher\*in und dessen\*deren Stellvertreter\*in nun zwei gleichberechtigte Landeschülersprecher\*innen gibt. Die beiden Ämter müssen dann verschiedengeschlechtlich besetzt werden. Dieses Konzept ist auch für Schülervvertretungen der Schulen denkbar, also ein Schulsprecher\*innen-Duo, aber auch Klassen- bzw. Kurssprecher\*innen-Duos.
- Die Etablierung einer saarländischen Antidiskriminierungsstelle: Politisch motivierte Straftaten sind im Jahr 2019 im Saarland um mehr als 19% (von 307 auf 366 Delikte) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Darunter zählt auch die „Hasskriminalität“, zu der homophobe, transphobe, biphobe, aber auch rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Angriffe gezählt werden, wobei die Dunkelziffer vermutlich viel höher liegt. Neben der Prävention dieser Delikte muss für die Opfer solch motivierter Straftaten dringend mehr getan werden. Bisher haben acht Bundesländer eigene Landesantidiskriminierungsstellen. Das Saarland muss hier nachlegen und eine eigene Stelle auf Landesebene einrichten.
- Eine spezifischere Aufschlüsselung der jährlichen polizeilichen Kriminalstatistik hinsichtlich queerfeindlicher Straftaten, um Tendenzen zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.
- Einen Masterplan Mobbing und Cybermobbing, der Auswege aus der Mobbingsituation aufzeigen soll.
- Gaming Förderung im Saarland: Auch in Deutschland erwachsen immer mehr professionelle Strukturen im Bereich des kompetitiven Spielens. Die Entwicklungen des E-Sports müssen so gestaltet werden, dass damit das soziale Miteinander von Menschen sinnvoll gefördert wird. Gleichzeitig sind traditionelle Sportarten und die ehrenamtlichen Vereinsstrukturen in den Blick zu nehmen. Eine Gesamtstrategie kann Chancen des E-Sports nutzen und ehrenamtliche Aspekte stärken. Zwar wird der E-Sport im Saarland finanziell gefördert, konkrete Konzepte für die Fördergelder gibt es allerdings noch nicht.

## 6. Gendergerechtigkeit schaffen!

Noch immer sind Feminismus und Gendergerechtigkeit Ideale und nicht in jedem Bereich unserer Gesellschaft Realität. Wir positionieren uns eindeutig gegen Gewalt und Diskriminierung insbesondere an FIT\* Personen und Angehörige der LGBTQIA+ Community und möchten die Stimmen jener stärken, die von unserer momentanen Gesellschaft überhört werden.

### Wir möchten:

- Die Streichung des §218 StGB und damit die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Wir erwarten stattdessen die Regelung von Abtreibungen nach dem 3. Monat außerhalb des Strafgesetzbuches. Lange genug hat das StGB in die freie Entscheidungsfindung Schwangerer\* eingegriffen. Wir stehen fest hinter der Aussage „My Body my Choice“.
- Die ersatzlose Streichung des §219 StGB, somit das Zulassen einer pluralistischen Informationskultur mit unabhängiger, ergebnisoffener Beratung und medizinisch- ethischem Hintergrund. Wir wollen es Schwangeren ermöglichen eine fundierte und individuelle Entscheidung zu treffen.

- Geschlechtergerechte Bezahlung
- Die Ersetzung des bisherigen Transsexuellengesetzes durch ein Gesetz, welches Selbstbestimmung fördert und Trans\*menschen nicht weiter diskriminiert, sondern in ihrer Ganzheit akzeptiert und aufnimmt.
- Die Einrichtung von Beratungsstrukturen für Trans\*menschen im ländlichen Raum
- Die Umsetzung des Landesaktionsplans "Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten akzeptieren – gegen Homo- und Transfeindlichkeit"
- Einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung bei geschlechtsspezifischer Gewalt und mehr Kapazität sowie Betreuung in Frauenhäusern: Schon vor der Pandemie fehlten im Saarland Plätze und ein Unterstützungsangebot, dies hat sich mittlerweile enorm verschärft. Häusliche Gewalt ist in Zeiten von Homeoffice und Onlineschule keine Seltenheit mehr und beeinträchtigt zunehmend Frauen und Kinder.

## 7. Für eine Zukunft für alle!

Die Coronakrise hat auch soziale Ungerechtigkeiten wieder stärker aufklaffen lassen. Nicht nur die Bildungsgerechtigkeit nahm zu, vor allem Personen in der Pflege kämpfen seit über einem Jahr für jedes Menschenleben und für ihre gerechte Bezahlung. Wir solidarisieren uns mit allen, die überdurchschnittlich von der Krise betroffen waren und in Zukunft sein werden.

### Wir möchten:

- Mehr Gehalt für Menschen in Care-Berufen: Pfleger\*innen, Lehrer\*innen, Erzieher\*innen und auch Kulturschaffende sollten nicht noch mehr unter der wirtschaftsgesteuerten Sichtweise leiden. Ohne Care-Arbeit und Kultur ist keine Wirtschaft möglich!
- Intensivere Unterstützung Auszubildender: An Schulen, Berufsschulen, Fachhochschulen, Förderschulen, Universitäten und anderen Schulkonzepten zeigen sich die jüngsten Teilnehmer\*innen unserer Gesellschaft seit über einem Jahr solidarisch, indem sie jegliche Kontakte einschränken, über 8 Stunden am Tag vor technischen Geräten verbringen und finanziell und psychisch die stärksten Einschränkungen in Kauf nehmen müssen.
- Wir fordern ein elternunabhängiges BAföG für alle Menschen, die sich in Ausbildung befinden. Außerdem sollte der Leistungsdruck heruntergefahren werden. Hier ist auch der direkte Kontakt mit den Betroffenen erwünscht.
- Die besten Voraussetzungen für die Kleinsten schaffen: Wir fordern eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Kitas, weitere finanzielle Entlastungen der Eltern und ausreichend Kitaplätze im ganzen Saarland.
- Projekte zur Wiedereingliederung von Obdachlosenmenschen in die Gesellschaft fördern
- Masterplan gegen Kinderarmut: Besonders im Saarland ist die Zahl der Kinder, die in Armut besonders hoch.“

### **Begründung:**

*Erfolgt mündlich*

*Beschlossen von der digitalen Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Saar am 16. Mai 2021*